**Bezugs-Preis**
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) für Deutschland und Oesterreich monatlich 1 Mark, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet an allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I. Nr. 9275.

**Morgen-Ausgabe B.**

# Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- und Privat-Anzeigen, sowie Ämter und Vereine 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10
Telephon VI, Nr. 4603.
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 572. Freitag 14. Dezember 1906. 100. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

* **Der Deutsche Reichstag ist am gestrigen Tage durch eine kaiserliche Botschaft aufgelöst worden, nachdem der erste koloniale Nachtragsetat mit 178 gegen 168 Stimmen von den vereinigten Ultramontanen, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt worden war. Vorher war schon der Antrag Ablaß mit 176 gegen 171 Stimmen abgelehnt worden.** (S. d. bes. Art., Dtschs. R. und Ber. in 2. Beil.)

* Der Kaiser ist gestern von Bückeburg nach Potsdam zurückgekehrt. (S. Dtschs. R.)

* Die „Nat.-Ztg." verbreitet aus dem nicht veröffentlichten Teil der Denkwürdigkeiten Hohenlohes die Nachricht, daß der Papst im Jahre 1893 bei der Verhandlung über die Militärvorlage von Kaiser Wilhelm ein Geldgeschenk von 500 000 Frcs. verlangt habe. (S. 3. Seite.)

* Die Differenzen zwischen dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine in Hamburg und dem Verein der Hamburger Reeder haben sich bedenklich zugespitzt. (S. d. bes. Art.

* Der amerikanische Staatssekretär Root befürwortet in einer Rede, eine strafferre Kontrolle des Verkehrswesens durch die Zentral-Regierung verfassungsrechtlich einzuführen. (S. Ausl.)

* König Oscar von Schweden ist bedenklich erkrankt. (S. Ausl.)

* Der irische Staatssekretär Britze ist zum Botschafter in Washington ernannt. (S. Ausl.)

* Der Universitätsprofessor Bücher in Leipzig ist zum Ehrenmitglied des Vereins für Geographie und Statistik in Frankfurt a. M. ernannt worden. (S. Feuill.)

## Die Reichstagsauflösung.

Endlich eine große Tat! Endlich die Aussicht, das Joch des Zentrums abzuschütteln und die schwarze und rote Internationale samt ihrem polnischen Anhang unter einem gemeinsamen Gesichtspunkte zu bekämpfen! Endlich eine geschlossene Front im Reichstage gegen alles, was rot, schwarz oder polnisch gefärbt ist. Schade, daß die Front sich um wenige Mann als zu schwach erwies. Umsomehr Hoffnung, sie in bedeutender Ueberzahl in den Wallotschen Prachtbau zurückkehren zu sehen!

Die Auflösung des Reichstages spielte sich unter einer solchen Spannung des Plenums und Auditoriums ab, daß die Entscheidung schließlich wie eine Befreiung wirkte, die sie ja auch ist. Von Anfang an war natürlich die Situation in der gestrigen Reichstagssitzung kritisch und schon nach den ersten Worten des Kanzlers konnte man annehmen, daß er die Auflösungsbotschaft für alle Fälle in Bereitschaft hielt. Das Schicksal blieb immerhin ungewiß, hing es doch schließlich nur von 5 Stimmen ab.

Das Haus war in allen Teilen von erregten Menschen angefüllt. Auf der Bundesratstribüne waren pünktlich der Kanzler und Dernburg, die beiden Hauptakteure, erschienen. Um sie gruppierten sich Bojadowsky, Einem, Stengel, Tschirschky und Arnim. Kommissare füllten die hinteren Reihen. Neben dem Redner pulte saß, eifrig mit Schreiben beschäftigt, der Abgeordnete Spahn als Berichterstatter der Kommission. Graf Ballestrem präsidierte. So präsentierten sich vor aller Augen die ringenden Mächte: Ballestrem als Vertreter der guten alten Zeit der Zentrumstrennschaft, Bülow und Spahn als Vorkämpfer der heute feindlichen Gewalten.

Es ist überaus charakteristisch und für die Wahlen von durchschlagender Bedeutung, daß hier dem deutschen Volke durch die Gruppierung der Kräfte eine so klare Situation in nationaler Beziehung vorgezeichnet ist. Auf der einen Seite, wie gesagt, die verbündeten Ultramontanen, Polen und Sozialdemokraten, auf der anderen geschlossen die Regierung und sämtliche übrigen Parteien, wohlverstanden, mit Einschluß der Freisinnigen, die sich in der ganzen Angelegenheit famos gehalten haben.

Die erste Erklärung des Kanzlers, der unmittelbar nach der naturgemäß farblosen Berichterstattung Spahns sprach, zeigte sofort, daß die Regierung den Konflikt nicht scheute. Als der Kanzler die wenigen Kraftstellen seiner sonst sehr ruhig und würdig gehaltenen Rede akzentuiert in den Saal sprach, brach die zurückgehaltene Erregung des Hauses stellenweise wie eine plötzlich aufschäumende Flut aus. „Ich würde vor dem deutschen Volke und der Geschichte nicht in der Lage sein, eine solche Kapitulation zu unterschreiben", waren seine letzten Worte.

Nun begann die lange Reihe der Parteierklärungen. Schmidt-Elberfeld begründete den Antrag Ablaß, der die Regierungsvorlage durch eine Art Resolution ergänzen will, auf eine tunliche Verminderung der Truppen in Südwestafrika hinzuarbeiten. Es soll also nur das, was die Regierung schon zugesagt hat, auch im Gesetze selbst zum Ausdruck kommen. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich unsere Annahme als richtig heraus, daß die Regierung auf diese nicht unbillige Forderung einzugehen bereit war.

Nach Schmidt sprach Roeren. Er fügte zu seinen sonstigen Sünden noch die Taktlosigkeit hinzu, in diesem ernsten Moment abermals mit seinen persönlichen Geschichten anzufangen. Zwar nahm er manches zurück und revozierte insbesondere den „grünen Assessor". Aber er konnte es nicht lassen, dem Kanzler noch eins zu versetzen, und publizierte einen Brief des Fürsten Bülow, der dem Abgeordneten Roeren für seine Vermittlertätigkeit dankt. Darauf ist absolut kein Wert zu legen. Jetzt, nachdem der Reichskanzler sich aufgerafft hat und in männlicher Entschlossenheit das Joch abschüttelt, fragen wir nichts mehr nach seinen früheren Liebeserklärungen zum Zentrum. Es ist es Pflicht jedes nationalen Deutschen, fest zum Kanzler zu stehen.

Dernburg parierte übrigens den Hieb Roerens aus dem Hinterhalte mit großer Bravour. Er meinte sarkastisch, Herr Roeren lese immer nur die Briefe anderer Leute vor; seine eigenen seien aber auch sehr interessant. Darauf verlas er einen Brief Roerens, der die Zustände in Togo als durchaus befriedigend bezeichnet, dieselben Zustände, auf die der Abgeordnete im Parlament so weidlich geschimpft hat. Und dann kam ein neuer Trumpf Dernburgs: „Roeren hat nicht nur Stübel, sondern auch mich zu beeinflussen versucht, was ihm allerdings mißlungen ist und immer mißlingen wird. Ich werde in jedem solchen Falle wieder die Flucht in die Oeffentlichkeit antreten."

Nach dieser Episode zeigte sich die Lage schon erheblich verschärft, und die Wage neigte sich langsam nach der Konfliktseite hin. Es sprachen noch Ledebour für die Sozialdemokraten, Richthofen für die Konservativen und Arendt für die Freikonservativen. Die heutige Rede Paasches hat uns im Gegensatz zu seiner letzten außerordentlich gefreut. Sie war durchaus angemessen und tapfer. Er trat warm für Dernburg ein, geißelte die Kleinlichkeitskrämerei Roerens und meinte, man habe vom Zentrum in dieser ernsten Lage doch etwas mehr Sachlichkeit erwarten dürfen. Schrader sprach für die freisinnige Vereinigung, ging mit dem schmählichen Verhalten des Zentrums scharf zu Gericht und zeigte die Unmöglichkeit, den Militärs die Verantwortung abzunehmen und Hofkriegsrat zu spielen. Der Pole Czarlinski wurde frech und holte sich einen Ordnungsruf, der leider auch den Abgeordneten Lattemann ereilte, als er in begreiflicher Erregung von der „Schandtat" des polnischen Redners sprach.

Dann kam endlich die entscheidende Rede Spahns. Er sprach als Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender, versuchte den Zentrumsantrag als gänzlich harmlos hinzustellen und überall eine milde Deutung plausibel zu machen. Mit arger List versicherte er, der Zentrumsantrag verweigere keinen Mann und keinen Groschen, als ob die Rückberufung der südwestafrikanischen Truppen bis auf ein kleines Häuflein, selbst wenn sie erst vom 1. April ab erfolgen soll, nicht eine elende Preisgabe der mit Gut und Blut verteidigten Kolonie bedeutete! Herr Spahn war so naiv, zu erklären, man könne ja wieder Truppen hinschicken, falls der Aufstand wieder losbreche. Der Reichstag quittierte mit Lachen. Nun war es klar: das Zentrum wollte nicht zurückweichen. Oberleutnant Quade verlas eine Erklärung des Chefs des Großen Generalstabes, der die Zurückziehung der Truppen in der vom Zentrum verlangten Höhe rundweg als den Verlust des Kampfes und der Kolonie bezeichnete. Dann richtete der Kanzler noch einen kräftigen Appell an den Reichstag. Er sprach entschlossen und mit nationalem Schwung. Er dementierte das Wort „nur keine inneren Krisen" und sagte: „Es gibt Situationen, in denen das Ausweichen vor einem Konflikt nichts ist, als Mangel an Mut und Pflichtgefühl.

Dann kam die Abstimmung. Die Aufregung hatte ihren Höhepunkt erreicht. Der Antrag Ablaß, der merkwürdigerweise zuerst daran kam, obgleich er die Annahme der Regierungsvorlage zur Voraussetzung hat, wird mit 176 gegen 171 Stimmen abgelehnt. Nun wissen wir's ja: dem Zentrum, den Polen und den Sozialdemokraten gilt die Waffenehre und das Ansehen des deutschen Volkes nicht so viel, wie die Befriedigung ihrer Rachsucht. Mit 178 gegen 168 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde auch die Regierungsvorlage von diesen Parteien, deren kleinste wenigstens den Mut hat, sich nicht deutsch zu nennen, abgelehnt. Im Saale wird Pfui gerufen.

Da steht der Kanzler, der übrigens nicht vorher mit einer roten Auflösungsmappe gedroht hatte, auf. Zunächst herrscht Stille. Kaum aber fallen die Worte: „Ich habe Ihnen eine kaiserliche Verordnung zu verkünden", da bricht der Sturm orkanartig los. Hurrarufe, Klatschen, Trampeln im Saale und auf den Tribünen. Der Präsident wird der leidenschaftlichen Erregung nicht Herr. Endlich kann der Kanzler die Auflösungsverordnung zu Ende lesen. Aber gleich bricht ein erneuter Jubel der Begeisterung los. Es wirkt beinahe ernüchternd, als schließlich auch Graf Ballestrem zum Worte kommt und mit monotoner Stimme zum Kaiserhoch auffordert. Die Sozialdemokraten verlassen in wilder Flucht den Saal, durch den dreimal das Hoch auf den Monarchen donnert. Die Sitzung ist zu Ende.

Das war der historische 13. Dezember, dem man im deutschen Volke wohl noch den Tag der schwarzen Künste nennen wird. Hoffen wir, daß er den künftigen Zeiten als Anbruch einer neuen, glücklicheren Aera gilt, einer Aera des Fortschrittes und der Freiheit auf der Grundlage einer unerschütterlich deutschen Gesinnung.

Und nun auf in den Kampf der Reichstagswahlen!

(Probestimmen über die Reichstagsauflösung s. 3. Seite.)

## Eine offiziöse Kundgebung zur Reichstagsauflösung.

(Telegraphischer Bericht.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt in einer Sonderausgabe: „Der Reichstag ist der Auflösung verfallen, weil seine Mehrheit den verbündeten Regierungen die Mittel zur Erfüllung einer nationalen Aufgabe versagt hat. Durch die Ablehnung der für die Zukunft Südwestafrikas unerläßlichen Forderungen ist Deutschlands Stellung in der Welt empfindlich getroffen worden. Die Sache des deutschen Volkes ist es, darauf Antwort zu geben. Schwer genug wiegt schon, was in nationalem Beistand Südwestafrika durch sich selbst bedeutet, was uns geworden ist durch das Blut erworbener deutscher Männer und Frauen und durch schwere und hingebungsvolle Kämpfe unserer Truppen, durch Leiden und Heldenmut so vieler Braven, und was es uns nach dem Urteile aller Kenner des Landes wirtschaftlich noch werden kann. Im Augenblick, wo über die Zukunft dieses so teuer erkauften Schutzgebietes günstigere Sterne aufgehen, die von Sachverständigen für unentbehrlich erklärten Streitkräfte willkürlich zu verweigern, heißt unter den gegenwärtigen Umständen die kaum gesicherte Kolonie neuen Gefahren aussetzen und den Maßregeln zur endgültigen und fruchtbringenden Aneignung unseres südwestafrikanischen Besitzes von vornherein das Rückgrat brechen. Es handelt sich aber nicht bloß um Südwestafrika. Wie wir dort durchhalten, ob wir mit zäher Opferwilligkeit vorwärts gehen oder nach kaum errungener Befreiung der größten Gefahr wieder erstarren, ist bei der heutigen politischen Gesamtlage uns selbst und unseren Mitbewerbern im überseeischen Wettkampf zum Prüfstein dafür geworden, ob Deutschland überhaupt der Entwickelung aus einem europäischen Großstaat zur Weltmacht fähig ist. Unter unseren Augen vollzieht sich von verschiedenen Seiten her ein kraftvolles Ausbreiten auf von der Kultur noch nicht erschlossene Gebiete. Wir erleben als Zeitgenossen den Aufschwung des britischen, amerikanischen und japanischen Imperialismus. Frankreich gründet ohne Zaudern und Knausern ein riesiges Kolonialreich in Afrika, und Deutschland soll nicht einmal in energischer Behauptung und Verwaltung des Erworbenen schrittfaßen dürfen?

Für die Verbündeten Regierungen und für den Reichskanzler gab es in dieser Frage kein Markten und Paktieren. Ehe die Mehrheit des Reichstags den ablehnenden Beschluß faßte gegen die Minderheit, in der die Rechte und die Nationalliberalen, sowie die bürgerliche Linke zusammenstanden, mahnte Fürst Bülow nochmals das Haus auf die schweren Konsequenzen aufmerksam. Freimütig und fest erklärte er, daß hier nicht ein Kampf zwischen parlamentarischem und persönlichem Willen geführt werde, sondern eine selbstverständliche Pflicht den verbündeten Regierungen nur einen einfachen und geraden Weg weise. „Niemand drängt mich, niemand schiebt mich" und „Wenn Sie wollen, so haben Sie die Krisis". — Trotz des Ernstes dieser Anfrage blieb die aus Zentrum und Sozialdemokraten bestehende Mehrheit in dieser dem deutschen Volke an Herz und Ehre gehenden Sache bei ihrer kleinmütigen und verbissenen Ablehnung. Die Nation hat zu entscheiden, ob sie sich solche Vertretung ihrer Interessen und ihres Ansehens gefallen lassen will."

## Der Kampf mit den Lords.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die große parlamentarische Krise hat begonnen. Das alte Prozeß, die Lunte der Konstitution abzutragen und an deren Stelle entweder nichts oder eine gut bürgerliche Hande zu setzen, ist wieder einmal auf der Tagesordnung. Es liegt in der Natur jeder wirklichen liberalen Regierung, daß sie mit dem Oberhaus in Konflikt kommen muß.

Die Schulfrage ist unzweifelhaft diejenige, welche von allen konstitutionellen Fragen das britische Volk am meisten bewegt, und zwar gerade in seinen besten, in den nonkonformistischen Schichten. Denn sie ist die Frage der Herrschaft der Kirche über die Schule, und das hat hier noch einen ganz anderen Sinn, als etwa in Frankreich. Denn das englische Volk ist noch überwiegend religiös, und zwar um so ehrlicher, je sektiererischer die Gemeinden sind. Die große Mehrheit des Volkes ist sektiererisch, „nonkonformistisch". Gerade diese ernst religiösen Kreise aber wollen die Schule von der Herrschaft der Kirche befreit sehen, wollen den Religionsunterricht aus dem Stundenplan ausgeschieden und seine Erteilung ausschließlich in die Hände der Prediger gelegt wissen. Ein Weg, der ja ganz selbstverständlich zu dem Ziele der konfessionslosen Staatsschulen führt.

Diese Leute sind nicht nur die Mehrheit, sie sind auch der wirtschaftlich und geistig regsamste Teil der Bevölkerung. Ihre Antipoden, die schottische und die englische Staatskirche, wollen die Konfessionsschule, die Lokalschule und die religiöse Befähigungsprüfung aller Lehrer. Der katholische Klerus steht hinter ihnen, verfolgt aber diametral entgegengesetzte Zwecke. Die Staatskirchen sind in einer immer mehr hinschwindenden Minderheit. Nur ihre privilegierte Stellung hält sie noch. Die Aufsicht über die Religionsschule und die Lehrer ist ihre Hauptwaffe im Existenzkampfe.

Hinter allem lauert aber die Finanzfrage. Das Schulwesen wird von den Kommunen finanziert. Die Nonkonformisten weigern sich seit Menschengedenken, für anglikanische und katholische Konfessionsschulen die Gemeindesteuern zu zahlen. Sie wollen für diese Zwecke aber auch kein jüdisches oder katholisches oder anglikanisches Geld annehmen. Sie verlangen ganz folgerichtig die religionslose Schule. Die Frage wird dadurch so ungeheuer kompliziert, daß die Nonkonformisten fast nur in Wales glatterdings die Bevölkerung darstellen, im übrigen aber in zahllosen kleinen Gemeinden über Großbritannien zerstreut sind. Dieser Umstand hat bisher in England eben auch die Errichtung allgemeiner Staatsschulen und die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts durch den Staat verhindert. Das letzte konservative Schulgesetz verhalf einem sehr komplizierten Kompromiß zum Leben. Es führte einen ausgedehnten, nicht konfessionellen obligatorischen Bibelunterricht in allen von den Gemeinden finanziell unterstützten Schulen ein und verlangte von allen Lehrern den religiösen Befähigungsnachweis. Ueberall, wo die Nonkonformisten einen Bruchteil der Bevölkerung bildeten, waren sie daher Schulräten in ihren intimsten Angelegenheiten unterworfen, in denen sie kaum vertreten waren, und in denen die wildeste Proselytenmacherei von der anderen Bekenntnissen mit allen Mitteln rücksichtsloser Kommunaldemokratie betrieben wurde. Obendrein mußten sie für die anderen Bekenntnisse, da sie der wohlhabendste Teil des Mittelstandes sind, die Hauptschulsteuerlast tragen. Daher kamen dann die Steuerverweigerungen und die große Erregung, welche das konservative Regiment weckte.

Schon einmal hat die liberale Partei einen großen Kampf für die Staatsschule und für die Freiheit des Religionsunterrichts gefochten. Als die große Reformära des Jahres 1870 unter Gladstone einsetzte, brachte Mr. Forster das Fundamentalgesetz des heutigen englischen Schulwesens ein. Es war eine erste Etappe auf dem Wege zum obligatorischen Schulunterricht. Es wurden lokale Schulräte gebildet, welche auf dem Wege städtischer Legislatur den Schulbesuch von Kindern zwischen zwölf und fünf Jahren erzwingen durften. Die bestehenden Privatschulen wurden übernommen, wenn sie ein gewisses niedriges Mindestmaß von Leistungsfähigkeit besaßen, einen konfessionslosen Schulinspektor zuließen und andersgläubige Kinder auf Wunsch der Eltern vom Religionsunterricht befreiten. Dann sollten sie auch Staatsunterstützung bekommen.

Die Education Bill von 1906, die Mr. Birrel in das Haus der Lords brachte, stellte in Wahrheit schon wieder einen Kompromiß dar, womit die Nonkonformisten unzufrieden waren. Sie führte einen allgemeinen Bibelunterricht ein, erteilt außerhalb der Schulzeit von Laienlehrern, für die Städte, sah aber überall und besonders auf dem flachen Lande die fakultative Zulassung von konfessionellem Unterricht vor, wo die lokalen Bedingungen das rätlich erscheinen lassen. Die allgemeine Lehrerprüfung in Religion vor den Lokalschulbehörden wurde abgeschafft. Im Oberhause wurde nun aus dem fakultativen konfessionellen Unterricht überall ein obligatorischer gemacht, dieser in die Schulstunden aufgenommen und die Religionsprüfung der Lehrer wieder eingeführt. Die Konfessionsschule sans phrase war damit geschaffen. Die Regierung war schließlich nicht abgeneigt, auf dieser, von Ultramontanen und extremen Hochkirchlern geschaffenen Basis das Gesetz zustande kommen zu lassen, denn man erwartete, daß die Nonkonformisten dann eben ihrerseits zur ausschließlichen Konfessionsschule übergehen würden. Die Regierung knüpfte aber hieran die Bedingung, daß der Zwang aller Lehrer, die Befähigung zum Religionsunterricht nachzuweisen, fallen gelassen werde. Hieran ist das Kompromiß gescheitert.

Das parlamentarische Komitee der Nonkonformisten hat gesiegt. Ihr großer Erfolg besteht darin, daß jetzt der Kampf nicht mehr bloß um den Religionsunterricht, sondern um die konfessionslose staatliche Volksschule geht, also wirklich um Gladstones Vermächtnis, das die Regierung opfern wollte, um gegen die Lords erst um ein anderes Vermächtnis des „alten Piloten" den Richterspruch der Stimmzettel anzurufen, um Home Rule. Man hat sich aber wohl überzeugt, daß auch jetzt schon eine kräftige liberale Wahlparole vorhanden ist. Die Lords haben die Plural Voting Bill aus Demonstration abgelehnt und damit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht die Tür geöffnet; die irische Landpachtbill ist noch nicht im sicheren Hafen, dieser Vorläufer von Home Rule; dann das Schulgesetz! Mr. Campbell-Bannerman hat alle Aussichten auf einen neuen großen Wahlsieg, wenn er jetzt an das Land geht. Die Hauptversprechungen von 1905 sind eingelöst: Chinesenfrage, Exzesse an der Flotte, Armeereform, ein gehöriger Budgetüberschuß unter gleichzeitigen Tilgungen der schwebenden Schuld, eine irische Landanleihe und die Marokkokonferenz. Das sind alles ausgezeichnete Guthabenposten im Wahlbuche, wenn man außerdem mit einem Programm auftritt, das so bald nach einer vernichtenden Niederlage der Konservativen alle idealen Forderungen des Liberalismus im Lichte eines Kampfes um die sofortige Verwirklichung zeigt.

*

Von unserem Londoner Korrespondenten erhalten wir noch folgendes Privattelegramm:

Die Extremen haben gesiegt; trotzdem die Verhandlungen zwischen dem Erzbischof von Canterbury und Campbell noch fortgesetzt werden, ist die Situation hoffnungslos. Der Abfall der Konservativen unter Balfour leate der Regierung bei den Lords sowohl wie bei den Commons eine neue Falle in so hinterlistiger Weise, daß im Hause der Lords der unermüdlich vermittelnde Lord Lansdowne Protest gegen die eigene Partei einlegte, indem er an der Spitze früherer konservativer Mitglieder des Oberhauses verlieh, als die trades dispute bill durch ein ganz unerwartetes lächerliches Amendement des Lord Wemyss entgegen dem Kompromiß abgelehnt wurde. Das war ein taktischer Schlag der Opposition, da nunmehr die gesamte Arbeiterschaft der Regierung gegen die Lords folgt. „Die trades dispute bill ist die beste Wahlparole für das Unterhaus", riefen auch viele Unionisten Balfour zu, als er Birrels auf Grund der Versöhnungs-Konferenzen formulierten Ausgleich unerwartet zurückwies.

## Das soziale Elend im Seemannsberufe.

Der Streit zwischen dem Verein Hamburger Reeder und dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine Hamburg, über den wir mehrfach berichtet haben, hat sich jetzt bedenklich zugespitzt. Die Stimmung ist in beiden Lagern sehr erregt, besonders weil die Hamburg-Amerika Linie schon Zwangsmaßregeln ergriffen und zahlreiche Offiziere zum Austritt aus ihrem Verein genötigt hat. Gestern abend haben die Kapitäne und Offiziere eine Versammlung abgehalten, in der sie sich an die öffentliche Meinung gewendet haben. Das Vorgehen der Reeder wird in Hamburg, wie ein Privattelegramm unseres dortigen H.-Korrespondenten meldet, allgemein als äußerst schroff angesehen, da die Kapitäne und Offiziere, unter denen sich viele Reserveoffiziere der Marine befinden, von den Reedern wie Sozialdemokraten behandelt werden. Es steht zu erwarten, daß die Mehrzahl der Offiziere sich nicht fügt und es vorzieht, die Entlassung zu nehmen, als aus dem Verein auszutreten. Es handelt sich insgesamt um 1800—2000 Offiziere.

Es mag darum zur Aufklärung über die wirtschaftliche Lage des Seemannsberufes, insbesondere der Offiziere bei

SLUB
Wir führen Wissen.